



Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

2. Sitzung – Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt

21. Mai 2024 – 14:01 bis 15:02 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Wiebke Knell (Freie Demokraten)

CDU

Lena Arnoldt
Dominik Leyh
Sebastian Müller (Fulda)
Jan-Wilhelm Pohlmann
Maximilian Schimmel
Ingo Schon

AfD

Johannes Marxen
Marcus Resch
Gerhard Schenk (Bebra)

SPD

Kerstin Geis
Alexander Hofmann (Wiesbaden)
Maximilian Ziegler (Vogelsberg)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Martina Feldmayer
Vanessa Gronemann
Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)

Freie Demokraten

Wiebke Knell


Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Moritz Palm
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Miriam Beulting
 Freie Demokraten: Tobias Schmidt

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Name – Bitte in Druckbuchstaben –	Amts-/Dienst- bezeichnung	Ministerium, Behörde
JUNGE	M	HMLU
KÖFER	StS	"
Rühl	StS	HMLU
Gaug	MinR	-11-
Nitschke	Oberrot	"
MOOK	"	"
Büschel	MRin	"
RATHKE	TA	"
RÜBLINGER	TD	"
PETERS	MRin/VS	HMLU
Ramm	MR	HMLU
STOLL	MR	HMLU
Altpeker	FR	HMLU
Balk Jörg	Dir HRH	HRH

Protokollführung: Swetlana Franz



3. **Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
FSC-Zertifizierung des Staatswaldes beenden
– Drucks. [21/362](#) –

5. **Dringlicher Antrag**
Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD
FSC-Zertifizierung des Staatswaldes evaluieren
– Drucks. [21/572](#) –

6. **Dringlicher Antrag**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
FSC-Zertifizierung des Hessischen Staatswaldes fortsetzen
– Drucks. [21/574](#) –

Abgeordneter **Sebastian Müller (Fulda)**:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es im Plenum schon umfassend besprochen. Wir haben für die hessischen Wälder einen umfassenden Regelungsrahmen, der auch durch diesen Vorschlag in seinen Grundzügen erst einmal nicht angepasst werden soll; sondern es geht in erster Linie darum, zu schauen, inwieweit wir auf FSC einwirken können, ein Stück weit zukunftsweisende Regelungen vorzusehen, um auch den Waldumbau vorzunehmen. Auch da haben wir uns ausgetauscht, mit Eindrücken aus der Praxis, insbesondere beim Thema Wiederbewaldung. Das geht aber weit über diese Punkte hinaus.

Es geht letztendlich darum, unseren Försterinnen und Förstern einen praxisnahen Regelungsrahmen an die Hand zu geben, um den hessischen Wald zukunftsfähig aufzustellen. In dem Rahmen haben wir dann auch vorgeschlagen, unser Moratorium durchzuführen. Das Moratorium bietet den Vorteil, dass wir auf die Ausrichtung von FSC noch Einfluss nehmen können und dass wir eben nicht direkt aussteigen, wie es beispielsweise der Antrag der FDP vorgesehen hat. In dem Rahmen ist das ein sehr ausgewogener Vorschlag, der sowohl die Naturschutzaspekte beinhaltet als auch die Funktion des Waldes als Rohstofflieferant. In dem Sinne werben wir an der Stelle noch einmal für unseren Vorschlag. – Danke schön.

Abgeordneter **Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)**:

Frau Vorsitzende, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch einmal auf einige Punkte unseres Antrags eingehen und auch auf einige Dinge, die im Plenum gesagt wurden. Zunächst möchte ich für unsere Fraktion festhalten, dass das Land Hessen mit der Bewirtschaftung des Staatswaldes eine Vorbildfunktion hat, eine Vorbildfunktion für Privatwaldbesitzer und für Kommunalwaldbesitzer, sodass wir hier nicht einfach sagen können: Hier wird nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gehandelt, und alle anderen Effekte, auch Nachahmungseffekte, die es im Privatwald und auch im Kommunalwald gibt, blenden wir vollkommen aus. – So kann man das nicht machen.



Auch die Gemeinwohlorientierung ist bei der Bewirtschaftung zwingend vorgegeben. Das findet sich im § 18 Hessisches Waldgesetz wieder. Dort ist auch ausdrücklich gesagt, dass eine Bezuschussung durch den Landeshaushalt möglich sein muss und möglich sein kann.

Ein weiterer Aspekt, der bisher ein bisschen zu kurz kam: Die FSC-Zertifizierung kann man, finde ich, nicht einfach nur betrachten, indem man den Blick auf die tatsächlichen Bewirtschafter lenkt, sondern den muss man auch auf die Holzkäufer lenken. Denn die FSC-Zertifizierung nimmt auch Holzkäufer in die Pflicht, bei der Beschaffung auf Nachhaltigkeit zu achten, weil sie für die Holzkäufer nämlich überhaupt erst die Möglichkeit schafft, ein nachhaltiges Produkt zu erwerben. Das schafft man nämlich nicht, indem man jedem Stück Stammholz nachgeht, sondern nur, indem man sich auf eine Zertifizierung verlässt.

Dann habe ich den Eindruck gewonnen – im Plenum, auch durch die Ausführung von Herrn Staatsminister Jung –, dass Sie die Fehler, die in früheren Jahren gemacht wurden und die dazu geführt haben, dass einseitige Fichtenkulturen entstanden sind, jetzt mit Douglasien womöglich fortsetzen wollen. Das kann es irgendwie nicht sein. Wenn man sich umhört: In Niedersachsen – das ist das Land, wo ich herkomme und wo ich noch viele Kontakte hab –, teilen Forstbetriebe, die schon auf Douglasien gesetzt haben, mittlerweile mit, dass sie mit Douglasien die gleichen Probleme sehen, wie wir sie mit den Fichten haben. Deshalb erscheint die 20%-Einschränkung absolut sinnvoll und behindert auch nicht, dass wir weiterhin Nadelbäume pflanzen und Nadelstammholz ernten können.

Ich möchte da besonders auf eine Untersuchung hinweisen, die der Senckenberg-Forscher Sebastian Schuch gemacht hat. Er hat zusammen mit vielen anderen Forschern Insektenpopulationen untersucht und kam zu dem Ergebnis, dass von ca. 8.100 untersuchten Insekten etwa 3.100 bei ihrer Entwicklung zwingend auf Gehölze angewiesen sind. Wenn also theoretisch keine Gehölze da wären, würde ihnen ein Entwicklungsstadium fehlen, was dann zwangsweise zum Ausrotten dieser Insektenart führen würde. Von diesen Insektenarten, die betrachtet wurden, die auf Gehölzarten angewiesen sind, sind 89 % auf einheimische Gehölzgattungen angewiesen. Das zeigt, wie wichtig es ist, über die reine Holznutzung hinaus zu denken und auch andere Dinge mit in den Blick zu nehmen.

Es sei zudem der Hinweis erlaubt, dass sich Wald und Bäume, auch heimische Baumarten, noch weiter an den Klimawandel anpassen können, sodass der Ruf nach sogenannten fremdländischen Hölzern nicht notwendig ist. Auch dort gilt übrigens, wenn man Gehölze oder Baumarten aus anderen Gegenden einführt: Je weiter das weg ist, wo die herkommen, desto schwieriger ist es, und desto schwieriger ist auch die Anpassung.

Dann noch ein Hinweis, weil immer wieder von Nadelstammholz die Rede ist: Ich habe mit anderen grünen Politikern die Firma Pollmeier in Kreuzburg besucht. Dort wurde uns vorgeführt, wie man beim Bau sehr wohl Nadelstammholz durch Laubhölzer ersetzen kann, speziell durch Buche. Die haben dafür ein Verfahren entwickelt, das gut funktioniert, das Fichtenstammholz im Innenbereich statisch gut ersetzen kann, aber – das muss man allerdings auch sagen – nicht im Außenbereich. Diese Hinweise gab es.

Dann hat die Koalition von einer Evaluation gesprochen oder hat diese beantragt. Der kann man sich natürlich nicht verschließen. Es ist immer gut, wenn man genau hinschaut, was man macht, wie man unterstützt, wie man es macht, ob das alles sinnvoll ist. Dem kann man sich nicht verschließen. Aber der Antrag, so, wie er formuliert ist, ist nichts anderes als ein Ausstieg aus der FSC-Zertifizierung. Das kann man so nicht machen.

Ich war lange genug auch in anderen Organisationen tätig, zum Beispiel im Bioland-Verband, der Ökolandbau-Betriebe zertifiziert. Wenn mir da jemand gekommen wäre und gesagt hätte: „Ich steige jetzt einmal für vier oder fünf Jahre aus, und dann schaue ich, ob mir das überhaupt etwas gebracht hat oder ob mir das zukünftig etwas bringt.“ und dann noch gemeint hätte, er sei Teil des Ganzen, dann stimmt das nicht. Das ist ein Ausstieg – fertig. Daran gibt es nichts zu rütteln.

Noch ein Hinweis auch zu dem, was der Kollege Müller eben gesagt hat – ich glaube, Sie haben das auch in der Rede im Plenum gesagt –: Ich finde, die Hoffnung, dass FSC jetzt auf Hessen-Forst zugehen soll, ist wirklich ein klassisches Lobbydenken. Ich finde, Hessen-Forst ist da Mitglied und in der Lage, Richtlinien weiterzuentwickeln – übrigens nur, wenn sie auch Mitglied bleiben und nicht aussteigen und dann hoffen, dass man ihnen entgegenkommt. Das ist nicht die Art, wie man so etwas machen sollte.

Dann wurde auch angesprochen, dass die Richtlinien bei FSC weltweit nicht vollkommen gleich sind. Ich glaube, das haben auch Sie, Herr Staatsminister Jung, in Ihrer Rede angesprochen. Ich finde das vollkommen klar: So, wie FSC aufgestellt ist, mit den drei Kammern, und so, wie diese drei Kammern praktisch die Richtlinien weiterentwickeln: Natürlich kommt es da zu regionalen Unterschieden; das ist vollkommen klar. Ich finde, das ist auch berechtigt. Dagegen ist erst einmal nichts zu sagen. Wenn ich daran denke: In Deutschland werden 5 % Naturwaldflächen gefordert. Wenn jetzt Brasilien seine Urwaldflächen so weit zurückbauen würde, dass nur noch 5 % übrig blieben, dann wäre das – klimapolitisch und auch sonst – einfach eine Katastrophe.

Als Letztes noch, weil Sie, Herr Jung, mich in Ihrer Rede angesprochen haben, was die sozialen Standards angeht: Ich bin mitnichten der Meinung – darüber wage ich überhaupt kein Urteil –, dass Hessen-Forst gegen soziale Standards verstößt. Ich gehe fest davon aus, dass es das nicht tut. Ich gehe fest davon aus, dass Zertifizierungen, die diese Dinge von außen mit untersuchen, dazu beitragen, dass das nicht getan wird. – So viel erst einmal.

Abgeordneter **Sebastian Müller (Fulda)**:

Ich möchte auf einige Punkte eingehen, die Sie jetzt angesprochen haben. Dann steigen wir jetzt doch noch einmal tiefer in die Materie ein. Natürlich hat der hessische Wald eine Vorbildfunktion, und die soll er auch behalten, und die ist auch durch viele weitere Vorgaben sichergestellt. Die ist vor allem durch die hohe Qualität in der Betreuung sichergestellt. Das zeichnet den hessischen Wald aus. Wir haben Hessen-Forst mit sehr vielen gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und daran soll sich auch nichts ändern. Das sichert die Vorbildfunktion des hessischen Waldes auch für den Privatwald und darüber hinaus. Das ist die Qualität, die wir an der Stelle auch brauchen.



Sie haben den Markt angesprochen. Ich hatte am Wochenende Gelegenheit, mich mit einem Betrieb auszutauschen, der in Hessen, in meinem Wahlkreis, insbesondere im Bereich Rotholz – das heißt: Lärche, Kiefer, Douglasie – unterwegs ist. Dort begrüßt man es, dass man sich bei dem Thema Wiederbewaldung öffnen möchte, weil man doch in der großen Sorge lebt, dass die Rohstoffbereitstellung aus den hessischen Wäldern heraus nicht mehr stattfinden kann, eben nicht mehr gesichert ist und damit auch die CO₂-Bindungskraft des Waldes an der Stelle nachhaltig leidet.

Es kann auch nicht unser Ziel sein, hier die Potenziale des Waldes nicht zu schöpfen, um dann den Rohstoff Holz aus weniger nachhaltig bewirtschafteten Regionen der Welt zu beschaffen. Uns wird es immer möglich sein, unseren Holzbedarf auf den Weltmärkten zu decken. Nur kann das nicht das Ziel sein. Wir wollen aus uns heraus die Kraft des Waldes nachhaltig nutzen.

Sie sprachen ganz konkret die Firma Pollmeier an. Die Firma Pollmeier hat im letzten Jahr ihre Produktion von Buchen, Schichtholz oder BauBuche abbrechen müssen, weil kein Rohstoff aus Deutschland mehr zur Verfügung gestellt werden konnte, sodass sie Teile der Produktionsstraße wieder auf Nadelholz umstellen musste. Wir begrüßen genau diese innovativen Produkte, aber es gehört auch zur Wahrheit dazu, dass wir weiterhin – gerade auch, was das Bauen mit Holz angeht – den weitaus größten Teil aus dem Nadelholz bereitstellen müssen. Die Mengen Laubholz stehen in dem Umfang noch gar nicht zur Verfügung, als dass man damit das Nadelholz ersetzen könnte. Das vielleicht dazu.

Zur Absatzbarkeit. Wir haben weiterhin eine Zertifizierung, die international anerkannt ist. Da sehe ich keine Absatzschwierigkeiten. Aus dem Bericht des Rechnungshofs geht eher hervor, dass das hinsichtlich des Absatzes keinen so großen monetären Nachteil oder überhaupt keinen monetären Nachteil mit sich bringt. Aber ich bin ganz bei Ihnen: Wir dürfen nicht nur nach den monetären Auswirkungen schauen, sondern wir müssen auch schauen: Wie halten wir das Ökosystem stabil?

Da geht es vor allem darum, standortgerechte Wiederbewaldung durchzuführen. Diese standortgerechte Wiederbewaldung kann in einem Mikroraum sehr unterschiedlich ausfallen. Was an der einen Stelle noch funktioniert, kann 200 Meter weiter nicht mehr funktionieren. Da wollen wir einfach mehr Beinfreiheit für unsere Försterinnen und Förster, dass diese vor Ort entscheiden können, was an der einen Stelle gut passt und an der anderen Stelle eben nicht mehr. Wir haben durch die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt eine intensive wissenschaftliche Begleitung. Es gibt mittlerweile eine App, die Aussagen trifft, was an welcher Stelle passt und was nicht passt. Das kann eine Hilfe sein. Aber wir wollen an der Stelle tatsächlich eine größere Flexibilität. Ich denke, das ist auch gerechtfertigt.

Abgeordnete **Wiebke Knell**:

Ich freue mich besonders darüber – das Thema FSC kam von den Freien Demokraten –, dass die Landesregierung offenbar fand, dass unser Impuls eine gute Idee ist, und deswegen diesen

Antrag geliefert hat. Das ist eine langjährige Forderung der Freien Demokraten. Deswegen finde ich das erst einmal gut so.

Wir finden auch den Antrag gut, bis auf den Punkt 5. Wenn wir nachher abstimmen, würde ich nach Punkten abstimmen lassen wollen. Das ist der einzige Punkt, bei dem ich mit Herrn Kollegen Müller einer Meinung bin. Ja, natürlich bedeutet dieses Moratorium den Ausstieg. Sie finden das nicht gut. Ich finde das gut. Aber wir sind uns da zumindest in der Interpretation einig. Wir würden sagen, wir möchten nicht unbedingt vier Jahre evaluieren, weil uns, ehrlicherweise, das Ergebnis klar ist, aber okay – besser so als gar nicht.

Wir haben verschiedene Kritikpunkte; ich will nicht alles aus dem Plenum wiederholen. Es sind zum einen die enormen Kosten, die mit der Zertifizierung einhergehen. Das sind direkte Kosten, indirekte Kosten, Zertifizierungskosten, Auditierungskosten, Verwaltungskosten und eben auch die entgangenen Einnahmen beim Landesbetrieb Hessen-Forst. Wir sehen keine ökologischen Vorteile. Wir haben ein entsprechendes Gutachten in unserem Antrag erwähnt.

Ein weiterer Punkt ist die Vergleichbarkeit und das Thema Verbraucherschutz. Ich finde, wenn Verbraucher das FSC-Siegel sehen, dann muss, ehrlich gesagt, die Qualität dahinter auch genauso stimmen, müssen die gleichen Regeln dahinter stehen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon einmal in Schweden war; wenn man sieht, wie dort gerodet wird – das sind wirklich sehr große Flächen –, dann ist das für den deutschen Waldbesucher ein ungewohnter Anblick. Ich finde, wenn diese Maßstäbe nicht stimmen, dann kann man am Ende auch nicht das gleiche Siegel bekommen. – So viel von mir für die FDP.

Abgeordneter **Alexander Hofmann (Wiesbaden)**:

Vielleicht ein kurzer Hinweis, wenn Sie mir den gestatten: Die Landesregierung hat uns den Antrag natürlich nicht geschrieben, sondern den hat die Koalition schon selbst erarbeitet. Natürlich hat das Ministerium vielleicht den einen oder anderen Hinweis gegeben. Trotz all dem war das immer noch eine Sache, die die Koalition gemacht hat.

Zunächst: Ich freue mich, dass sich die Gemüter über Pfingsten ein bisschen beruhigt haben und wir jetzt zielgerichtet daran arbeiten können. Es sind jetzt schon einige Dinge genannt worden – die muss ich nicht wiederholen –, aber ein paar Punkte wollte ich doch noch einmal nennen.

Das erste Thema – das habe ich auch am Wochenende verfolgt – ist die Pressemitteilung der GRÜNEN dazu, in der geschrieben wird, dass es jetzt einen Kahlschlag beim Naturschutz gebe. Da muss ich sagen: Das finde ich an der Stelle ein bisschen übertrieben, weil das ganze Bündnis, das die Pressemitteilung geschrieben hat – NABU, BUND, HGON und die IG BAU –, selbst sagt, dass die forstliche Praxis mit den hohen Standards, die wir bereits haben, weitergeführt werde, nur eben ohne Kontrolle und unter Verzicht auf das FSC-Siegel. Daher glaube ich, kann da nicht gesagt werden, dass wir überhaupt nichts mehr mit Naturschutz am Hut haben, sondern das Gegenteil ist der Fall. Er ist uns natürlich nach wie vor sehr wichtig.



Zum Thema Pollmeier; die Firma wurde jetzt schon genannt. Es ist natürlich generell deren Geschäftsmodell, dass sie sich vor allem auf Laubholz spezialisiert haben. Aber dazu hat der Kollege Müller schon einiges gesagt – zur Sägeindustrie und natürlich auch zu der weiterverarbeitenden Industrie generell. Die wissen schon, wenn sie sich anschauen, wie sich der Wald in den nächsten Jahren entwickeln wird oder wo wir den hinentwickeln wollen – eben zu einem klimastabilen Mischwald –, dass es klar ist, dass sie sich Gedanken machen müssen, dass sie weniger Fichte und andere Nadelhölzer zur Verfügung haben werden und deswegen sowieso verstärkt auf Laubholz werden setzen müssen.

Zum Thema, was wir im Wald überhaupt anbauen. Herr Müller, Sie haben gesagt, dass wir da quasi nicht die Fehler machen sollen, die die vorherigen Generationen gemacht haben. Da dürfen wir nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Dieser Anbau von damals war dem geschuldet, dass man zu der Zeit vor allem viel Holz brauchte, und es war damals einfach am günstigsten, diese Fichten-Monokulturen anzubauen. Heute sind wir da, zum Glück, ein Stückchen weiter. Ich glaube, die Försterinnen und Förster wissen schon sehr genau, was sie vor Ort anbauen können und auch anbauen sollten. Wie sich das in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten entwickelt, wissen wir alle nicht.

Generell zum Wald: Wir sehen, dass wir da unheimlich viele Probleme haben. Meine Kollegin Kunz aus dem Lahn-Dill-Kreis hat mir von einem Vor-Ort-Termin berichtet. Da sind 7 Hektar Eichenwald Käfern zum Opfer gefallen, ich glaube, dem Eichenprozessionsspinner. Die haben ganz andere Probleme, sich quasi um die Wiederbewaldung ein Stück weit zu kümmern. Deswegen sagen wir, dass wir uns jetzt einfach in aller Ruhe das FSC-Siegel noch einmal anschauen wollen und evaluieren wollen, was es uns wirklich gebracht hat. Können wir das Geld, das wir an der einen Stelle haben – hohe Ausgaben für die Audits, Mindereinnahmen –, auf der anderen Seite vielleicht auch im Wald gut gebrauchen? Aber das wird dann, wie gesagt, die Evaluierung zeigen.

Abgeordneter Gerhard Schenk (Bebra):

Ich sehe es schon so, dass die Förster vor Ort am besten wissen, was dem Wald guttut. Sie kennen den Wald. Sie kennen die einzelnen Schläge. Da, denke ich, kann man denen ruhig vertrauen. Man muss also die Sache wieder vor Ort in die Hand bekommen und sich nicht von Klientelpolitik – Herr Müller, ich sehe es so, dass Sie hier für Ihre Klientel ein bisschen Propaganda machen oder werben.

Es ist immer ein recht teurer Posten. Der Rechnungshof hat ihn moniert, und das auch zu Recht. Ich denke, den Versuchsanstalten, den Förstern kann man in der Richtung sicher vertrauen. Insofern gehe ich da eigentlich mit der Landesregierung überein. Das Moratorium kommt zur rechten Zeit. Ich finde es auch ganz gut, dass Sie den Antrag gestellt haben. Sie haben das, glaube ich, früher schon einmal gemacht.

Man muss sagen, die Zertifizierung brauchen wir im Prinzip nicht. Es gibt die Beschaffungsrichtlinie des Bundes vom 01.01.2011. Da heißt es, man kann einen Einzelnachweis dafür erbringen,



dass das Holz nach nachhaltigen Kriterien und legal geschlagen worden ist. Das kann die Forstverwaltung im Prinzip selbst machen, das ist dann wesentlich billiger. Es reicht, wenn man da ein entsprechendes Informationspapier vorbereitet. Das kann man jedem Kunden mitgeben. – Danke Ihnen.

Abgeordnete Martina Feldmayer:

Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Moratorium gibt es bei FSC nicht. Was Sie hier behaupten, dass man das durchführen könnte, funktioniert nicht. Das wissen Sie ganz genau. CDU und SPD wollen zusammen die FSC-Zertifizierung abschaffen, versuchen noch irgendwie einzulullen mit: Wir machen jetzt einmal eine Evaluation. Wir machen ein Moratorium, und das über die gesamte Wahlperiode. – Das ist wirklich lächerlich.

Da ist mir das lieber, was die FDP, was Frau Knell, vorgetragen hat. Das ist dann direkt und ehrlich. Wir sind natürlich inhaltlich nicht einer Meinung, aber da weiß man genau, was das Vorhaben ist. Sie versuchen das jetzt ein bisschen zu verbrämen: Wir machen ein Moratorium. – Sie schaffen das Thema Naturschutz im Wald komplett ab. Das haben Sie bei den Naturwäldern mit den Naturschutzgebieten gemacht. Da fingen Sie auch mit einem Moratorium an. Das machen Sie jetzt bei FSC. Das haben Sie bei dem Schutz der alten Buchenwälder in FFH-Gebieten gemacht und versuchen das nun irgendwie schön einzupacken.

Die große Frage ist doch, wenn Sie sagen: „Wir wollen ein Moratorium machen“ – nächstes Jahr läuft die Zertifizierung aus –: Wird dann rezertifiziert oder nicht? Das kann uns vielleicht Herr Jung beantworten. Wenn nicht rezertifiziert wird, dann ist Schluss mit FSC. Dann sind das Land Hessen und der Staatsforst quasi nicht mehr bei FSC dabei. Das ist ganz klar. Das verstößt auch gegen die Naturschutzleitlinie; denn die Naturschutzleitlinie sagt eindeutig: Die FSC-Audits sind für uns der Check, ob im Wald alles okay ist. – Daher läuft auch die Naturschutzleitlinie nicht weiter. Schauen Sie sich die bitte einmal an.

Ich finde das wirklich bedauerlich. Ich weiß nicht, wann genau das gewesen ist – 2008 oder 2009, Roland Koch, CDU-Alleinregierung, Nachhaltigkeitskonferenz der Landesregierung –: Es wurde das Forstamt Dieburg FSC-zertifiziert und als Pilotprojekt auf den Weg gebracht – mit einer CDU-Alleinregierung. Und hier wird durch die CDU mit Hilfe der Sozialdemokratie das Thema FSC 15 Jahre später abgeräumt. Das ist wirklich sehr bedauerlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie. Wir haben sehr oft über das Thema FSC gestritten. Herr Hofmann, Ihr Vorgänger, Herr Grumbach, hat immer wieder behauptet: Wir stehen zu FSC. – Sie haben noch in Ihrem Wahlprogramm behauptet: FSC ist für uns Mindeststandard. – Was machen Sie jetzt? Sie schaffen es einfach ab. Ich finde, das ist wirklich ein schwarzer Tag für den Wald in Hessen, wenn das heute so durchgeht.

Minister Ingmar Jung:

Wir sind in einem parlamentarischen Verfahren, deswegen versuchen wir, uns ein bisschen zurückzuhalten. Ich will aber auf zwei, drei Punkte eingehen, die wir jetzt gehört haben.

Zum einen, Herr Müller, wenn bei Ihnen der Eindruck entstanden ist, dass wir Douglasien-Monokulturen schaffen wollen – so habe ich Sie jedenfalls verstanden –, will ich ausdrücklich darauf hinweisen – ich habe mir gerade das Protokoll geholt –, dass ich im Plenum gesagt habe, dass wir „klimaresistente, nachhaltige und zukunftsfeste Mischbewaldung“ wollen. Ich glaube, da sind wir uns auch einig. Es geht darum, ob man die Möglichkeit hat, nach neusten Erkenntnissen so beizumischen, wie man es für einen klimafesten Wald für richtig hält, oder ob man die nicht hat. Ob das innerhalb des FSC gegeben ist oder nicht, da kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Aber ich hatte eben den Eindruck, als meinten Sie, das wollten wir völlig aufgeben. Wenn das nicht der Fall war, ist es ja in Ordnung.

Letztlich haben Sie gesagt, dass nicht nur die Holznutzung für den Erhalt des Waldes relevant sein darf. Auch da sind wir völlig derselben Auffassung. Wir streiten letztlich nur ein Stück weit über den Weg dahin. Deshalb will ich noch einmal betonen, dass es schon eine ernst gemeinte Evaluation ist, über die wir hier diskutieren.

Wir haben auch die Frage nach der Vergleichbarkeit. Auch das, Herr Müller, sehe ich sogar ein, dass so, wie FSC aufgebaut ist, dann nicht in jedem Land die Kriterien exakt gleich sein können; das hat eine gewisse Plausibilität. Am Ende schaffen wir ein Siegel, das ein großes Vertrauen genießt, auch bei Verbraucherinnen und Verbrauchern, aber die Kriterien nicht nur ein bisschen unterschiedlich sind. Wir haben über verschiedene Beispiele gesprochen. Frau Knell hat das Schweden-Beispiel gebracht; das hat, wie sie gerade berichtet hat, ebenfalls FSC. Da sind die Vergleichbarkeiten schon so wenig gegeben, die Kriterien so stark unterschiedlich, dass es zumindest schwierig erscheint, dass man überall dasselbe Siegel vergibt und nach außen kein erkennbarer Unterschied zwischen den Verfahren besteht. Deswegen ist das ein weiterer Punkt, den wir uns an der Stelle anschauen wollen.

Jetzt sagen Sie: Sie steigen aus, diesen Zustand gibt es aber nicht. – Na ja, klar gibt es in den FSC-Grundkriterien nicht den Fall eines Moratoriums. Ein Moratorium bedeutet eine politische Äußerung, bei der man sagt: Ja, klar verzichten wir in der Zeit auf die Zertifizierung. – Das ist logisch. Wenn wir nicht daran teilnehmen, dann verzichten wir auf die Zertifizierung. Das kann gar nicht anders sein. Aber uns haben die Fraktionen doch ganz bewusst aufgefordert, eben nicht endgültig auszusteigen, sondern in dem Zeitraum zu überprüfen, erstens, wie es ohne Auditierungen, ohne die Zertifizierung funktioniert, zweitens, ob sich die Bedingungen ändern. Ich gebe zu, wenn man aussteigen und sich in drei Jahren überlegen würde, wieder einzusteigen, hätte das in der Praxisauswirkung denselben Effekt. Das ist wohl richtig. Aber das ist doch ein klares Signal, dass hier kein endlicher Ausstieg gemeint ist, sondern dass wir schauen wollen, wie die Entwicklungen bis zum Ende der Legislaturperiode weitergehen.

Jetzt möchte ich aber für die beiden Fraktionen einem wirklich entgegentreten. Dass wir uns entschieden hätten, den Naturschutz jetzt komplett abzuschaffen, ist wirklich eine Behauptung, die so nicht stehen gelassen werden kann. Wir können vielleicht in drei Jahren einen Strich darunter machen und schauen, ob der Naturschutz beendet wurde; denn alles, worüber wir streiten, sind doch nie die Ziele, sondern immer nur der Weg dahin.



Sie haben jetzt die Naturschutzgebiete noch einmal angesprochen. Übrigens: Der Teil, über den wir hier diskutiert haben, beträgt 1 % des hessischen Staatswaldes – der letzte Teil der über 100 Hektar großen Naturwaldentwicklungsflächen. Klarer als ich kann man sich öffentlich doch gar nicht dazu bekennen, dass diese aus der Nutzung bleiben. Das habe ich überall deutlich erklärt. Die Frage ist nur, ob wir auf diesem letzten 1 % noch Naturschutzgebiete darüberlegen müssen; und nur darüber haben wir diskutiert.

Dann kann man vielleicht zur Kenntnis nehmen: Wir haben bei den Naturwaldentwicklungsflächen einen Teil in Naturschutzgebietsverordnungen und einen Teil nicht. Die Unterscheidung ist aber nicht nach qualitativen Kriterien vorgenommen worden, sondern rein quantitativ. Alle Flächen, die größer als 100 Hektar sind, sind – ich sage es jetzt einmal untechnisch – besonders wertvoll und müssen Naturschutzgebiete sein. Die darunter – die genauso aus der Nutzung bleiben, die genauso nicht angefasst werden, die genauso stillgelegt sind – sind dann keine Naturschutzgebiete. So stelle ich mir ehrlicherweise die Auswahl von Naturschutzgebieten auch nicht vor: dass es nur nach Größenkriterien und nicht nach irgendwelchen Qualitativen geht.

Zu den Buchenwäldern. Darüber diskutieren wir vielleicht auch noch einmal. Hier möchte ich nur festhalten: Da haben wir bisher, ehrlicherweise, gar nichts gemacht. Ich glaube, das Moratorium ist im September 2023 ausgelaufen. Das hat auch keiner verlängert. Bisher ist dort in der Praxis gar nichts geschehen. Darüber können wir aber gerne gemeinsam diskutieren.

Ich möchte diese Punkte vielleicht nur kurz festhalten, weil da aus meiner Sicht bei der einen oder anderen Stelle ein falscher Eindruck entstanden ist. Ansonsten würde ich mich nicht noch weiter in die Diskussion einmischen.

Abgeordneter Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen):

Herr Jung, ein Hinweis zu den Naturwäldern, die nicht als Naturschutzgebiete ausgewiesen sind: Tatsächlich gibt es schon einen Unterschied, und zwar sind die Naturschutzgebiete gegen Bedarfe von Dritten, die dort vielleicht eine Straße oder sonst etwas bauen wollen, besser geschützt als Wälder mit Ihrer einfachen Erklärung: Wir belassen es bei dem Status.

(Minister Ingmar Jung: Die Flächen gehören aber uns!)

– Ich sehe es schon so, dass der Schutzstatus da besser ist. – Aber ich wollte Ihnen eigentlich etwas anderes sagen. Sie haben gesagt: Das Vertrauen zu FSC ist da. – Das stellen Sie auch nicht infrage. So habe ich das jedenfalls verstanden.

(Minister Ingmar Jung: Das Siegel genießt Vertrauen!)

Was Sie jetzt mit dem Ausstieg machen – Sie nennen es „Moratorium“ und überlegen sich in drei Jahren, ob Sie vielleicht doch wieder einsteigen, mal sehen –, ist, Sie senden nach außen das Signal: Das Ganze ist nicht vertrauenswürdig. Das ist wirklich so. Sie vertreten den größten Waldbesitzer in Hessen und vermutlich auch den größten bei FSC in Deutschland. Das weiß ich jetzt

nicht genau. Aber Sie vertreten einen sehr großen Bereich. Wenn Sie hier austreten, dann sendet das ein Signal nach draußen.

Dann komme ich auch zu der Vorbildfunktion, zu dem, was Kollege Müller gesagt hat. Die wollen Sie erhalten. Herr Müller, man kann eine Vorbildfunktion nur erhalten, wenn man sie sichtbar macht. Man muss sie sichtbar machen. Sie können nicht erwarten, dass jemand, der ein Stück Holz kauft, dann im Ministerium anruft und fragt, wie das eigentlich produziert wurde, sondern dafür sind Siegel da. Dafür sind solche Zeichen da. Die kosten auch Geld. Das weiß keiner besser als ich, der mit so etwas praktisch 33 Jahre lang seinen Betrieb bewirtschaftet hat. Die Vorbildfunktion muss sichtbar sein, sonst ergibt sie keinen Sinn.

Abgeordnete Kerstin Geis:

Herr Müller, wir sind ebenfalls der Meinung, dass die Vorbildfunktion sichtbar sein muss. Wir sind aber auch der Meinung, dass wir bei uns in den hessischen Wäldern, bei Hessen-Forst eine Vielzahl an hochqualifizierten Försterinnen und Förstern haben, die eine solche Verantwortung gerne annehmen und sich dieser auch stellen. Das ist auch gut so. Das ist das eine.

Allerdings steht bei FSC auch im Raum, dass es im Herbst des letzten Jahres Austritte gegeben hat, Austritte, die uns schon zu denken geben. Deswegen gestatten Sie mir doch bitte die Frage: Als die IG BAU oder die RAL-Gemeinschaft ausgestiegen sind, was gab es denn eigentlich für Anstrengungen im Herbst des vergangenen Jahres – als eine grüne Umweltministerin dafür Verantwortung getragen hat –, um das zu verhindern? Es wäre doch gut, wenn Sie vielleicht darüber berichten könnten, was Sie unternommen haben, um zu verhindern, dass wesentliche Player aus der Sozialkammer aussteigen. Darüber haben wir bis jetzt noch kein Wort gehört. Das wäre hilfreich. – Danke.

Abgeordneter Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen):

Da rate ich tatsächlich dazu, die ehemalige Frau Ministerin Hinz selbst zu befragen oder auch alles zu lesen, was sie dazu gesagt hat. Das ist eine Frage, die Sie hier in den Raum werfen – – Ich meine, wir wissen mittlerweile, dass es, ich würde sagen, so etwas wie Personalquerelen sind; so würde ich es als Außenstehender zumindest bezeichnen. Das gibt es in allen Organisationen. Das heißt, wenn ich mich recht erinnere, war das ein Vorschlag aus der Sozialkammer für den Vorstand. Die gesamte Versammlung ist ihm nicht gefolgt. Die Vertreterinnen und Vertreter der IG BAU – ich weiß nicht, wer es gewesen ist – haben keine Mehrheit bekommen. Das hat dann zu dem Schritt geführt, den Sie eben angeführt haben. Was ich aber vonseiten der IG BAU gelesen und gehört habe, ist, dass sie weiterhin zu FSC stehen, dass sie das für sinnvoll halten und dass sie auch bereit wären, weiter dort mitzuarbeiten.

Sie wollen diese Geschichte jetzt tatsächlich als Grund nehmen, um auszutreten. Ich würde sagen, dann sind Sie da, finde ich, viel zu leichtfertig. Die IG BAU ist nicht ausgetreten, weil sie dieses System nicht trägt und nicht für sinnvoll hält. Dann sollten Sie die Vertreter der IG BAU vielleicht auch einmal selbst befragen, wieso sie diesen Schritt vollzogen haben.

Abgeordnete Martina Feldmayer:

Frau Geis, wenn Sie heute die Pressemitteilung der Naturschutzverbände und der IG BAU gelesen haben, dann haben Sie gesehen, dass an die Landesregierung und an die sie tragenden Fraktionen dringend appelliert wird, FSC weiterzuführen und nicht auszutreten. Da steht eindeutig drin, dass sie weiter zu FSC stehen, weil es auch für die Arbeitnehmenden bei Hessen-Forst ganz wichtig ist, dass man weiterhin Mitglied bei FSC ist. Lesen Sie sich das bitte noch einmal durch. Ich glaube, Sie wissen ganz genau, dass die Vertreterinnen und Vertreter der IG BAU, die auch in Kontakt mit Ihnen stehen, nach wie vor für FSC stehen und dafür eintreten.

Ich hätte aber noch eine Frage an den Kollegen Hofmann. Ich habe Ihre Pressemitteilung, die Sie nach der Plenardebatte verschickt haben, nicht ganz verstanden, in der Sie geschrieben haben, dass Sie einen sofortigen Austritt aus FSC ablehnen. Sie wollen also nicht austreten. Jetzt haben Sie einen anderen Antrag, und heute wird sozusagen verabschiedet, dass man austritt.

(Abgeordnete Lena Arnoldt: Das hat niemand außer Ihnen gesagt, Kollegin Feldmayer! Niemand redet von Austritt, außer den GRÜNEN!)

Deswegen verstehe ich Ihre Rhetorik nicht, dass Sie sagen: Ein sofortiger Austritt wird abgelehnt. – Das hätten Sie deutlich gemacht. Genau das machen Sie heute mit Ihrem Beschluss, dass FSC nicht weitergeführt wird. Es wird nicht rezertifiziert, und damit ist Schluss mit FSC. Sonst müssen Sie das jetzt einmal klarstellen: Wollen Sie, dass der Wald in Hessen weiterhin FSC-zertifiziert wird? Wollen Sie die Rezertifizierung, oder wollen Sie sie nicht? Ja oder nein? Etwas anderes dazwischen gibt es nicht. Da können Sie nicht ausweichen, das tut mir leid. Sie möchten vielleicht uns und der Öffentlichkeit etwas anderes weismachen, weil Sie da nicht so hart reingehen wollen, aber Sie können da nicht ausweichen. Wenn man sich nicht rezertifizieren lässt, ist man aus FSC raus. Das wissen Sie ganz genau.

Abgeordnete Kerstin Geis:

Selbst wenn es Querelen gab – wie auch immer –: Das Signal der IG BAU ist an der Stelle ein ganz deutliches. Die IG BAU ist aus FSC ausgestiegen. Das ist nichts, was einen beruhigt zurücklassen kann; denn auch die Sozialkammer hat eine wichtige Aufgabe. Daher ist es doch eine Sache, die wir an der Stelle sehr wohl zur Kenntnis genommen haben. Das kann auch von Ihnen nicht wegdiskutiert werden, auch nicht mit Pressemitteilungen; denn die IG BAU hat eine konkrete Entscheidung getroffen, genau so, wie wir es getan haben. Sie wissen genauso gut wie ich, dass ein Moratorium nicht den sofortigen Ausstieg aus FSC bedeutet. Es wäre gut, wenn Sie das vielleicht auch einmal zur Kenntnis nehmen. – Vielen Dank.

Abgeordnete Lena Arnoldt:

Ich will die Diskussion nicht unnötig verlängern; denn wir haben in der Plenarsitzung die Argumente deutlich ausgetauscht. Der Minister ist noch einmal reingegangen. Frau Kollegin Feldmayer, Herr Hofmann ist eine zweite Runde reingegangen, um Ihnen noch einmal zu erklären, was für uns ein Moratorium bedeutet.

Sie lesen anscheinend auch unsere Pressemitteilungen. Da steht es im Prinzip schwarz auf weiß, was für uns dieser Antrag und die Konsequenzen daraus bedeuten. Die einzige, die sich hierhin stellt und nach der vierten Debatte heute – Sie hätten das Plenarprotokoll ja auch noch einmal lesen können – – Wenn Sie es nach der Plenarsitzung immer noch nicht verstanden haben – ich glaube allerdings, Sie wollen es nicht verstehen – – Was wir mit diesem Antrag bezwecken wollen, was unsere Zielsetzung ist, haben wir heute ein weiteres Mal diskutiert. Ich glaube, dass man es nun dabei belassen kann. Ich behalte mir allerdings vor: Vorgeworfen zu bekommen, wir würden die Unwahrheit erzählen: Vielleicht denken Sie über den Duktus Ihrer Wortbeiträge noch einmal nach.

(Beifall CDU)

Abgeordneter **Alexander Hofmann (Wiesbaden)**:

Gut, die Pfingstfeiertage haben wohl doch nicht bei allen zur Beruhigung beigetragen. Frau Kollegin Feldmayer, ich habe Ihnen schon am vergangenen Donnerstag gesagt, dass Sie in dem Fall besser lesen sollten – am Donnerstag war es: besser zuhören sollten, was auch der Minister gesagt hat – und vielleicht auch die grüne Brille abziehen sollten.

Noch einmal: Wir überprüfen die geltenden Richtlinien einfach noch einmal; denn wir sehen – über die Punkte haben wir heute und auch am Donnerstag zur Genüge diskutiert – – Sie haben es gerade gesagt: seit 2009. Damals wurde FSC schrittweise, in den Folgejahren eben auch weiter eingeführt, und man hat das Ganze nicht einmal evaluiert. Der Rechnungshof hat eindrucksvoll dargelegt, wie viel Geld da dem Staat quasi entgeht bzw. was wir ausgeben müssen. Dann sind es einfach Punkte, die man sich doch einmal anschauen kann.

Noch einmal: Die geltenden Richtlinien, die wir sonst haben – übrigens auch ein weiteres Zertifikat, nämlich PEFC –, bleiben erhalten. Deswegen verstehe ich auch die Aufregung nicht. Naturschutz ist für uns, wie gesagt, weiterhin wichtig. Uns irgendwie vorzuwerfen, wir finden das jetzt plötzlich alles doof und machen das nicht mehr: Diesen Schuh können Sie keine Ahnung wem anziehen, von mir aus den Kollegen von der AfD, aber nicht uns.

Vorsitzende:

Gut, herzlichen Dank. – Jetzt habe ich keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Dann kommen wir zur Abstimmung.



Beschluss zu Punkt 3:

LUA 21/2 – 21.05.2024

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen AfD, Freie Demokraten)

Zuvor kam der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt überein, den Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Berichterstattung: Kerstin Geis
Beschlussempfehlung: Drucks. [21/580](#)

Beschluss zu Punkt 5:

LUA 21/2 – 21.05.2024

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt empfiehlt dem Plenum, den Dringlichen Antrag anzunehmen.

(Nr. 1 bis 4 und 6: CDU, AfD, SPD, Freie Demokraten gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;

Nr. 5: CDU, SPD gegen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten)

Zuvor kam der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt überein, den Dringlichen Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Berichterstattung: Kerstin Geis
Beschlussempfehlung: Drucks. [21/582](#)



Beschluss zu Punkt 6:

LUA 21/2 – 21.05.2024

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt empfiehlt dem Plenum, den Dringlichen Antrag abzulehnen.

(CDU, AfD, SPD, Freie Demokraten gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zuvor kam der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt überein, den Dringlichen Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Berichterstattung: Kerstin Geis

Beschlussempfehlung: Drucks. [21/583](#)

Wiesbaden, 1. August 2024

Protokollführung:

Vorsitz:

Swetlana Franz

Wiebke Knell